

Von: Uwe Schulze [REDACTED]

Betreff: Zusammenarbeit mit der AfD

Datum: 18/08/2024, 10:31:24

An: [REDACTED]@bsw-vg.de

Blindkopie: usschulze [REDACTED]

---

Sehr geehrte Frau Wagenknecht,

mit Interesse habe ich Ihre jüngsten Aussagen zum Umgang mit der AfD verfolgt. Als besorgter Bürger möchte ich meine Gedanken dazu mit Ihnen teilen.

Es scheint mir, als hätten andere Parteien bereits vor einigen Jahren ähnliche Überlegungen angestellt, wie Sie es nun tun. Die Vorstellung, dass eine inhaltliche Auseinandersetzung mit der AfD möglich sei, hat sich über die vergangenen zehn Jahre als wenig erfolgreich erwiesen. Viele Bürger, die sich intensiv mit der AfD beschäftigt haben, sind längst zu der Erkenntnis gekommen, dass deren politisches Weltbild in keiner Weise mit den Grundwerten unserer Bundesrepublik vereinbar ist. Die AfD mag sich immer wieder tarnen, aber für viele von uns ist klar, welche Ziele sie tatsächlich verfolgt.

Eine inhaltliche Auseinandersetzung mit der AfD bedeutet, dass man sich mit jeder noch so unwichtigen Vorlage befassen müsste. Dies führt oft zu Diskussionen, die von vornherein zum Scheitern verurteilt sind, da die AfD ein politisches Weltbild vertritt, das mit unserer demokratischen Ordnung unvereinbar ist. Es ist bedauerlich, dass Ihre Partei, anstatt der AfD den politischen Boden zu entziehen, ihr eine Plattform bietet, um unser politisches System zu destabilisieren.

Ihre Aussage, man müsse den Willen der Bürger berücksichtigen, finde ich interessant. Doch haben Sie und Ihre Partei sich jemals die Frage gestellt, ob die Mehrheit der Bürger die AfD überhaupt will?

Sicherlich gibt es Menschen, die die AfD unterstützen, aber dies ist keineswegs die Mehrheit in Deutschland. Politische Entscheidungen sollten sich am Willen der Bürger orientieren – und dieser Wille drückt sich auch darin aus, dass über 830.000 Menschen eine Petition unterschrieben haben, um die Möglichkeit eines Verbots der AfD prüfen zu lassen. Weitere Unterschriften fordern direkt die Einreichung eines Verbotsantrags. Ist das aus Ihrer Sicht ein Wille der Bürger, der berücksichtigt werden sollte, oder ist dies ein Anliegen, das ignoriert werden darf?

Ich hoffe, dass Sie diesen Standpunkt in Ihre Überlegungen einbeziehen und freue mich auf eine mögliche Rückmeldung von Ihnen. Sollte dies hier nicht der geeignete Rahmen sein, so senden Sie mir doch bitte eine E-Mail-Adresse, um mein Anliegen direkt an Sie zu richten.

Mit freundlichen Grüßen,  
Uwe Schulze  
Mitglied im Bündnis AfDexit  
[www.afdexit.de](http://www.afdexit.de)